

## Stellungnahme der Freien Alternativschulen zur Studie „Allgemein bildende Privatschulen in Deutschland“ von Manfred Weiß im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung (FES)

# BFAS



Bundesverband der  
Freien Alternativschulen

Crellestr. 19/20

10827 Berlin

Tel.: (030) 7009 425 70

Fax: (030) 7009 425 19

info@freie-alternativschulen.de

www.freie-alternativschulen.de

„Ein Bildungs-Gespenst geht um Deutschland. Das Gespenst, die allgemeinbildenden Privatschulen seien qualitativ besser als die öffentlichen und würden in nicht allzu langer Zeit einen überwältigenden Zuwachs erfahren und das öffentliche Schulwesen gefährden.“

So beginnt das Vorwort zur Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Weil Gespensterdiskussionen dazu neigen, vor allem bestehende Ängste (oder Heilserwartungen) zu bestätigen und sich dem genauen Blick auf das Thema zu verweigern, ist es sehr zu begrüßen, dass sich das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung dem Thema „Privatschulen“ widmet. Aber um es vorweg zu nehmen: leider verpasst die Studie die Chance, das Gespenst zu dekonstruieren und in der Diskussion um Bildungsgerechtigkeit eine abwägende und differenzierende Position einzunehmen.

Zunächst jedoch bietet die Studie einen guten Überblick über die Verbreitung und die verschiedenen Formen von allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie die rechtlichen Grundbedingungen ihrer Existenz.

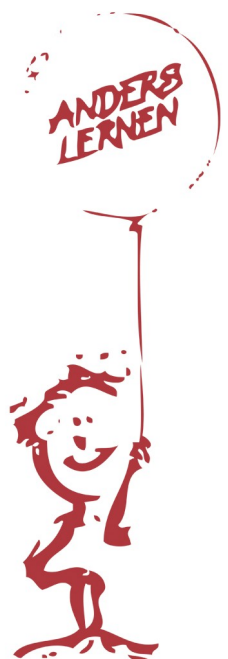
So müssten allein die statistischen Befunde der Ausbreitung von Privatschulen den Alarmismus der Diskussion eigentlich wirkungsvoll eindämmen. Immerhin haben die Schulen in freier Trägerschaft 16 Jahre dafür gebraucht, um ihren Anteil an den allgemein bildenden Schulplätzen in Deutschland um sagenhafte 2,9% auf nunmehr 7,7% zu steigern.<sup>1</sup> Damit bleibt Deutschland weiterhin deutlich unter dem diesbezüglichen Durchschnitt der OECD-Länder. Allgemeine Probleme in der deutschen Schullandschaft können angesichts dieser Zahlen eigentlich allenfalls am Rande mit Schulen in freier Trägerschaft zu tun haben.

Auch zeigt die Studie, dass die allgemein bildenden „Privatschulen“ bis auf wenige Ausnahmen eben keine solchen sind. Sie werden in der Trägerschaft gemeinnütziger Organisationen betrieben, haben sich also staatlich überprüfbar verpflichtet, keine privaten Gewinne zu erzielen, sondern ausschließlich bestimmte als besonders förderungswürdig anerkannte pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Ziele zu verfolgen.<sup>2</sup>

Interessant ist der Blick auf die Anteile der unterschiedlichen

<sup>1</sup> Rechnet man hier die Sondersituation der ostdeutschen Bundesländer heraus, in denen in diesem Zeitraum vor allem ein Aufholprozess stattfand, so reduziert sich das Wachstum auf weniger als 2%.

<sup>2</sup> Der etwas verkrampfte Gebrauch des Begriffs „Privatschule“ in der Studie ist übrigens symptomatisch für eine Haltung, Schulen in freier Trägerschaft mit Macht ein Image überzustülpen, das man ihnen dann hinterher zum Vorwurf macht. Wir werden die Begriffe hier fröhlich durcheinanderwürfeln, um den Horizont zu erweitern und Schützengräben zu verlassen.



Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 860 205 00  
Ktn. 3 507 900

Schultypen am Angebot der Privatschulen, gerade auch im Ost-West-Vergleich. Den höchsten Anteil haben Schulen in freier Trägerschaft bei den Förderschulen (!), gefolgt vom Gymnasium und der Realschule. Generell geht der Trend bei den Privatschulen aber offenbar weg von selektiven hin zu integrierenden Schulformen.<sup>3</sup> Der zu beobachtende Aufholprozess bei den Grundschulen geht dabei maßgeblich auf das Konto des Ostens, wo Schulen in freier Trägerschaft häufig als Ersatz für die geschlossene staatliche Dorfschule gegründet wurden. Auch freie Alternativschulen haben mitunter einen solchen Gründungshintergrund.

Privatschulen lassen hier also die Schule im Dorf und erfüllen so dort eine wichtige gesellschaftsintegrierende Funktion, wo sich der Staat zurückzieht aufgrund selbstgewählter Mindestgrößen, die ihre Logik eher in den Strukturen des Öffentlichen Dienstes als in schulorganisatorischen oder gar pädagogischen Notwendigkeiten haben.

Eingestandenermaßen eher cursorisch wird die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft behandelt. Hierbei wird das Ausmaß der staatlichen Finanzhilfe betont, ein wenig überraschender Befund angesichts der Tatsache, dass eine Sonderung über das Schulgeld rechtlich ausgeschlossen ist. Generell wird eine sondernde Wirkung der existierenden Schulgelder hier strikt bestritten.<sup>4</sup>

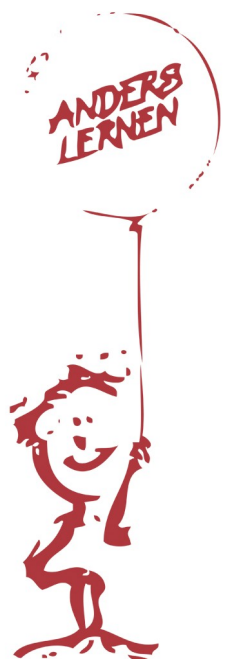
Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Forderung, bei der Schulfinanzierung stärker die realen Gesamtkosten eines Schulplatzes zu berücksichtigen, findet leider nicht statt.

Irritierend ist die in der Studie vorgenommene Vermengung der Forderung nach einer gleichberechtigten Finanzierung seitens der Schulen in freier Trägerschaft mit einer angeblichen Ablehnung von nach Bedarfs- und Belastungslagen von Schulen differenzierenden Mittelzuweisungen. Zumindest für den Bereich der Alternativschulen können wir dies klar zurückweisen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Schülerschaft stellt die Studie einen überdurchschnittlichen Mädchen- und einen unterdurchschnittlichen Migrantenanteil fest. Generell wird festgehalten, dass die Wahrscheinlichkeit eine Privatschule zu besuchen mit dem Bildungsgrad der Eltern steigt.<sup>5</sup> Dass sich in einer teureren Angebotsnische vor allem diejenigen wiederfinden, die ein höheres Interesse am Gegenstand haben, ist eigentlich kaum überraschend. Entscheidend ist jedoch ein anderer Hinweis, nämlich dass eine Selektivität der Schülerschaft nach Trägerform klar hinter der aufgrund des gewählten Schultyps zurücksteht.

Sehr dünn finden wir die Datengrundlage hinsichtlich der Erwägung, warum Eltern ihr Kind an einer Schule in freier Trägerschaft anmelden. Alle vorhandenen Untersuchungen werden pauschal als untauglich abgeräumt, um sich dann auf eine kleine Umfrage im Auftrag einer bisher nicht als bildungspolitisches Fachblatt auffällig gewordenen

<sup>3</sup> Gerade das Gymnasium ist der einzige Schultyp, bei dem der „Marktanteil“ der Privatschulen im Westteil Deutschland zurückgegangen ist.



Frauenzeitschrift zu stützen, deren Ergebnisse im weiteren Argumentationsgang zudem höchst selektiv verwendet werden. Betont wird einseitig der Wunsch der Eltern nach einem besseren sozialen Milieu für die Kinder, auf die gleichrangig bzw. nur geringfügig weniger geäußerten Wünsche nach besserer Persönlichkeitsbildung und anderen pädagogischen Schwerpunkten wird nicht weiter eingegangen. Angesichts der Zentralität der Elternmotivation für die Wahl von freien Schulen im Resümee der Studie ist dieses Vorgehen höchst befremdlich.

Für die Freien Alternativschulen können wir feststellen, dass der Wunsch nach selbstbestimmtem Lernen, demokratischer Mitbestimmung und gegenseitigem Respekt zentrale Motivation der Eltern bei der Schulwahl ist.<sup>6</sup>

Freie Alternativschulen gründen auf dem Anspruch, die Demokratisierung unserer Gesellschaft voran zu bringen. Denn „die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft (Ökologie, Kriege, Armut usw.) sind auf demokratische Weise nur von Menschen zu lösen, die Eigenverantwortung und Demokratie leben können. Alternativschulen versuchen, Kindern, Lehrern und Eltern die Möglichkeit zu bieten, Selbstregulierung und Demokratie im Alltag immer wieder zu erproben. Das ist die wichtigste politische Dimension der Alternativschulen.“ (aus den Wuppertaler Thesen des BFAS) Wir wollen gerne eine Debatte darüber führen, inwieweit Schule dies leisten kann!

Bei der Erörterung der Leistungsfähigkeit von Schulen in freier Trägerschaft ist es zu begrüßen, dass die Studie mit dem Vorurteil aufräumt, Privatschulen würden per se zu einem besseren Schulabschluss führen.

Leider favorisiert die Studie aber hinsichtlich der Leistungsfähigkeit einen sehr enggeführten und outputorientierten Leistungsbegriff. Für Freie Alternativschulen steht dieser nicht im Vordergrund und auch die letzten Pisa-Ergebnisse haben gezeigt, dass zwischen Leistungssteigerung und Bildungsgerechtigkeit kein zwangsläufiger Zusammenhang besteht.<sup>7</sup>

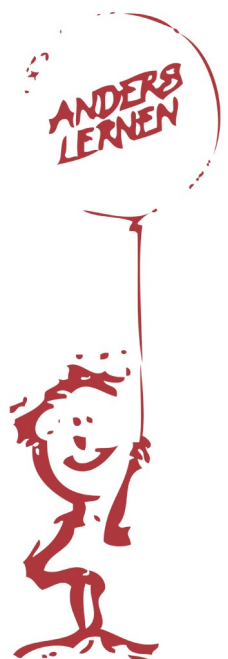
Zwar wird festgestellt, dass Schulen in freier Trägerschaft im Bereich von Schulklima und Förderkultur große Stärken haben, in der Gesamtwertung von Leistungsfähigkeit wird dies jedoch ausgeblendet.

<sup>4</sup> An dieser Stelle argumentiert die Studie äußerst widersprüchlich. Geht es um den Bedrohungsfaktor Privatschule so wird suggeriert, dass ohne das Schulgeld eine Mehrheit der Eltern ihre Kinder auf Schulen in freier Trägerschaft schicken würde. Wird dagegen die Angemessenheit der öffentlichen Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft betrachtet, so sind Schulgelder für die Wahl der Eltern plötzlich nicht mehr relevant.

<sup>5</sup> Ganz nebenbei lernen wir, was Waldorfschuleltern mit der deutschen Sozialdemokratie gemeinsam haben könnten: einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Lehrern in den eigenen Reihen.

<sup>6</sup> Dies korrespondiert dann auch mit den Wünschen nach Persönlichkeitsbildung und besonderer pädagogischer Ausrichtung aus der von Weiß zitierten Umfrage.

<sup>7</sup> So weist die OECD im letzten Pisa-Bericht zwar Fortschritte in den schulischen Leistungen der deutschen SchülerInnen nach, macht aber ebenso deutlich, dass in Deutschland Schulabschluss und soziale Herkunft weiterhin sehr eng zusammenhängen.



Auf diese Weise ignoriert die Studie wesentliche Aspekte der aktuellen pädagogischen Diskussion, in der die Bedeutung selbstinitiativer und selbstbestimmter Lernprozesse hervorgehoben wird.

Abschließend stellt die Studie die Frage nach den systemischen Wirkungen von Schulen in freier Trägerschaft.

Hinsichtlich der in den Blick genommenen möglichen positiven gesellschaftlichen Funktionen von Schulen in freier Trägerschaft (Kompensation von Unzulänglichkeiten des staatlichen Schulsystems, Sicherung eines vielfältigen Schulangebots, Vorreiterrolle für pädagogischen Fortschritt, innovations- und leistungsfördernder Wettbewerbsdruck) kommt die Studie fast durchgängig zu negativen Ergebnissen.

Allenfalls bei der Herstellung von Vielfalt und damit der Sicherung der individuellen Wahlfreiheit für Eltern wird den freien Schulen eine gewisse positive Funktion zugestanden. Dies wird dann gleich wieder durch den Befund eingeschränkt, dass aufgrund der geforderten Gleichwertigkeit der Ersatzschulen, diese keine wirkliche Alternative zum staatlichen Schulsystem darstellen könnten.

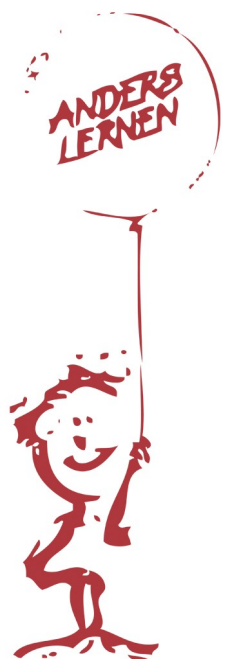
Ein genauerer Blick auf die Konzepte und die schulische Realität Freier Alternativschulen kann dies leicht entkräften. Ja, unsere Bildungseinrichtungen bieten gleichwertige Arbeit, aber sie sind und wollen nicht gleichartig sein. So sind in den letzten Jahren vermehrt Schulen entstanden, die nach radikaldemokratischen Ansprüchen arbeiten, wie sie in vielen anderen Schulen undenkbar sind. Die Freien Alternativschulen verbinden ihre Existenz mit einem klaren Anspruch, Schule nach den Bedürfnissen der Kinder auszurichten und Kindheit dabei nicht als Trainingsphase für das Erwachsenwerden zu begreifen.

Sehr eindeutig sind die Befunde der Studie aber hinsichtlich der negativen Systemwirkungen von Privatschulen.

Diese werden als (bewusste oder unbewusste) Agenten selektionsbedingter Chancenungleichheiten und sozialer und ethnischer Segregation gewertet. Die sich vom Abstieg bedroht fühlende Mittelschicht würde sich in den Schulen in freier Trägerschaft ein Reservat von Milieunähe und Distinktion schaffen. Die freien Schulen würden damit die gesellschaftliche Integrationsfunktion des Schulwesens gefährden und damit Entsolidarisierungsprozessen Vorschub leisten.

Außerdem würde die Existenz von Privatschulen aufgrund schulgrößenbedingter Kostennachteile die schülerbezogenen Kosten auch des staatlichen Schulsystems steigern.

Wie wir versucht haben darzulegen, ignoriert die Studie in diesem pauschalen Negativurteil einen Gutteil der eigenen empirischen Befunde. Wenn einerseits die Wahl des Schultyps der weiterführende Schule die wesentlichste selektive Entscheidung darstellt, andererseits Schulen in freier Trägerschaft einen sehr geringen „Marktanteil“ haben, der gerade beim Gymnasium auch noch rückläufig ist, dann ist das erwähnte Pauschalurteil nicht nachvollziehbar.



Leider wird an dieser Stelle nicht darüber reflektiert, ob der Befund, dass Schulen in freier Trägerschaft die Entstehung bildungspolitischer „Monokulturen“ begünstigen, nicht gerade in ihrer Marginalität begründet ist. Denn wie schon ausgeführt, ist der immer noch bestehende „Exotenstatus“ von freien Schulen dazu angetan, vor allem diejenigen anzuziehen, die bereit sind, sich intensiv mit dem Bildungsgang ihrer Kinder auseinanderzusetzen.

Die vielfach geäußerte Befürchtung, bei einem weiteren Ausbau von Schulen in freier Trägerschaft würden die staatlichen Schulen auf den Status von Restschulen zurückgedrängt, ist allerdings nur teilweise nachvollziehbar. Sie offenbart einerseits einen schwer zu begreifenden und von der Realität auch nicht gedeckten Fatalismus, was die Reformfähigkeit und Anziehungskraft staatlicher Schulen angeht. Andererseits unterstellt sie eine Zwangsläufigkeit und Monokausalität elterlicher Entscheidungen, die ebenfalls nicht nachvollziehbar ist.

Zudem verweigert sich die Studie dem Nachdenken über Strategien, mit denen Schulen in freier Trägerschaft zu einer stärkeren Wahrnehmung auch einer gesellschaftlichen Integrationsfunktion ermuntert und befähigt werden könnten.

Nicht nur Freie Alternativschulen sind dazu bereit und versuchen schon heute das ihnen Mögliche, indem sie z.B. als Gemeinschaftsschulen (Klasse 1-10) arbeiten.<sup>8</sup>

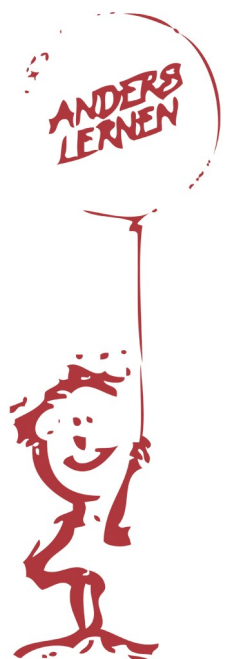
Dass sich unter den Bedingungen gleichwertiger Rahmenbedingungen plurale Trägerlandschaft und gesellschaftliche Integrationsfunktion von Bildungseinrichtungen nicht ausschließen, zeigt sich z.B. im Bereich der Kindertagesstätten.

Allerdings ist dies in der Tat kein Sparmodell. Will man nichtselektive Privatschulen, dann müssen diese auch vernünftig finanziert werden. Wir setzen dabei darauf, dass die Sozialdemokratie hier ihren Reden Taten folgen lässt und das öffentliche Bildungssystem, zu dem auch die Schulen in freier Trägerschaft zählen, als Schwerpunkt ihres politischen Handelns auch haushaltstechnisch absichert.

Die heißt für uns dann auch, dass sich die Freien Alternativschulen mit der Ambivalenz aus ihrem gesamtgesellschaftlichen Anspruch nach Demokratisierung und der Realität der meist bildungsnahen Menschen an unseren Schulen weiter auseinandersetzen müssen. Daher bleiben Alternativschulen aufgefordert, den Kontakt in die Gesamtgesellschaft im Allgemeinen und zu den staatlichen Schulen im Besonderen aktiv zu suchen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die möglich ist und dass dies schon jetzt getan wird, ist der Verbund „Blick über den Zaun“. Hier evaluieren sich

<sup>8</sup>Übrigens gibt es auch Freie Alternativschulen im Bereich der Schulen für Erziehungshilfe.



Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft gegenseitig und streiten um pädagogische Fragen!

Bedauerlich ist, wie wenig Gewicht die Studie der demokratisierenden Funktion des grundgesetzlichen Anspruch auf die Freiheit der Gründung einer Schule gibt. Nicht zuletzt die Erfahrungen aus der deutschen Geschichte sollten zeigen, dass ein staatliches Bildungsmonopol nicht der Weisheit letzter Schluss ist. So sind Freie Alternativschulen nicht zuletzt aus der Demokratisierungsbewegung der 70er Jahre in Westdeutschland und dem demokratischen Umbruch in der DDR 1989/90 entstanden.

Es ist schade, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung es mit dieser Studie verpasst, die Diskussion um ein Mehr an Bildungsgerechtigkeit sachlich und zukunftsweisend zu führen. Hier würden wir uns gern einbringen und laden Herrn Weiß und das Netzwerk Bildung daher gern ein, die Wirklichkeit Freier Alternativschulen kennenzulernen und mit uns ins gemeinsame Gespräch zu kommen.

*Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS), Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS), Landesverband der Freien Alternativschulen in Brandenburg, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Alternativschulen in Hessen, Landesarbeitskreis der Freien Alternativschulen in Thüringen,*

Für Rückfragen steht Ihnen Tilmann Kern (Geschäftsführer BFAS) gern zur Verfügung. Tel.: 030-700942570

# BFAS

Bundesverband der  
Freien Alternativschulen

Crellestr. 19/20

10827 Berlin

Tel.: (030) 7009 425 70

Fax: (030) 7009 425 19

info@freie-alternativschulen.de

www.freie-alternativschulen.de

